



Wirtschaft. Politik. Wissenschaft.



**75 Bericht** von Sandra Bohmann, Lars Felder, Peter Haan, Claudia Kemfert, Merve Küçük, Laura Schmitz und Jürgen Schupp

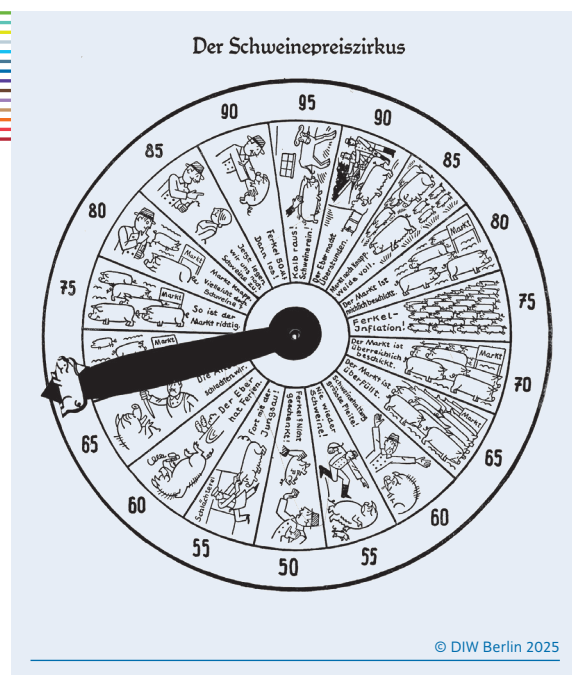
## Mehr Klarheit schaffen: Klimageld als sozialer Ausgleich bei höheren CO<sub>2</sub>-Preisen

- Studie untersucht Kombinationen von CO<sub>2</sub>-Preisen und pauschaler Rückerstattung (Klimageld) aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung
- Knapp die Hälfte der Befragten hat eine eher ambivalente, also leicht zustimmende oder leicht ablehnende Meinung zum Klimageld
- Noch vorhandene Bedenken sollten adressiert und Ausgestaltung des Klimagelds und dessen Wirksamkeit besser erläutert werden

**83 Interview** mit Lars Felder

**84 Kommentar** von Marcel Fratzscher

## Das Zustrombegrenzungsgesetz würde Deutschland schaden



## Der Schweinepreiszyklus oder wie Konjunkturforschung den Landwirten hilft



Schweine und Kartoffeln waren in den 1920er Jahren die beliebtesten Lebensmittel im Deutschen Reich. Landwirte bekamen gute Preise dafür – wenn nicht gerade Kartoffeln den Markt schwemmten

oder zu viele Bauern ihre gemästeten Schweine geschlachtet hatten. Die Schweinepreise stiegen und fielen jedes Jahr und Agrarökonomien entwickelten Theorien zu den saisonalen Schwankungen. So sollte die große Nachfrage in den Ostseebädern die Preise im August in die Höhe treiben und der Rückgriff auf geräucherten Speck und andere Dauerwaren im März und April die Preise drücken. Auch das Ende der eingelagerten Kartoffeln im April und Mai für die Fütterung der Schweine sollte die Preise senken. Denn wenn es keine Kartoffeln gäbe, würden die Landwirte ihre Schweine zum Schlachter bringen und die Säue vom Eber trennen, damit sie nicht bald Ferkel füttern müssten ...

Die ganze Geschichte und viele weitere können Sie auf unserer Jubiläumswebsite lesen: [www.diw.de/100jahre](http://www.diw.de/100jahre)



### IMPRESSUM

#### DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: [kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)

92. Jahrgang 5. Februar 2025

#### Herausgeber\*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

#### Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

#### Lektorat

Dr. Dana Kirchheim

#### Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

#### Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

#### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter [www.diw.de/wochenbericht](http://www.diw.de/wochenbericht) abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter [www.diw.de/wb-anmeldung](http://www.diw.de/wb-anmeldung)

ISSN 1860-8787

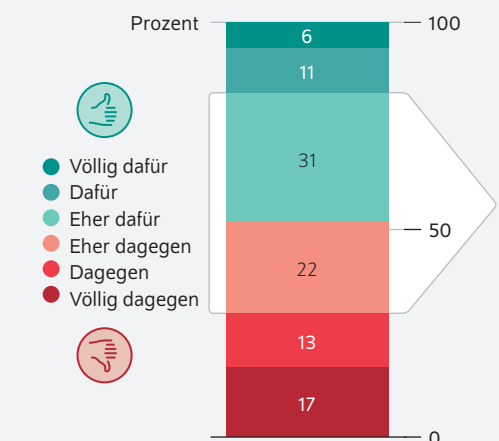
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

## Mehr Klarheit schaffen: Klimageld als sozialer Ausgleich bei höheren CO<sub>2</sub>-Preisen

Von Sandra Bohmann, Lars Felder, Peter Haan, Claudia Kemfert, Merve Küçük, Laura Schmitz und Jürgen Schupp

- Studie untersucht Kombinationen von unterschiedlich hohen CO<sub>2</sub>-Preisen und einer niedrigen und hohen pauschalen Rückerstattung (Klimageld) aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung
- Befragung zeigt, dass selbst ein hoher CO<sub>2</sub>-Preis von 200 Euro je Tonne bei rund 40 Prozent der Befragten Zustimmung findet, sofern Großteil der Einnahmen pauschal rückerstattet wird
- Gleichzeitig hat indes knapp die Hälfte der Befragten eine eher ambivalente, also leicht zustimmende oder leicht ablehnende Meinung zum Klimageld
- Noch vorhandene Bedenken sollten adressiert und Ausgestaltung des Klimagelds und dessen Wirksamkeit besser erläutert werden
- Instrument des Klimagelds ist in andere Maßnahmen einzubetten, um Umstieg zu klimaschonenden Alternativen zu erleichtern

**Etwa die Hälfte der Befragten äußert sich ambivalent zu einem Maßnahmenbündel aus CO<sub>2</sub>-Preis und pauschaler Rückerstattung (Klimageld)**



Quelle: Erhebung im Auftrag des DIW Berlin, eigene Berechnungen.



Anmerkung: Maßnahmenbündel aus einem CO<sub>2</sub>-Preis von 45 Euro pro Tonne und einer pauschalen Rückerstattung von 80 Prozent der Einnahmen.

### Wichtige Gründe der Ablehnung:

- Grundsätzliche Ablehnung von CO<sub>2</sub>-Bepreisung als klimapolitische Maßnahme
- Sorge der Befragten vor finanziellen Mehrbelastungen

### Politikmaßnahmen:

- Vorhandene Bedenken adressieren
- Ausgestaltung des Klimagelds und dessen Wirksamkeit besser erläutern

© DIW Berlin 2025

### ZITAT

„Besonders bei steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen ist die Rückerstattung eines Großteils der Einnahmen in Form eines Klimagelds wichtig, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu wahren.“

— Lars Felder —

### MEDIATHEK



Audio-Interview mit Lars Felder  
[www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)



# Mehr Klarheit schaffen: Klimageld als sozialer Ausgleich bei höheren CO<sub>2</sub>-Preisen

Von Sandra Bohmann, Lars Felder, Peter Haan, Claudia Kemfert, Merve Küçük, Laura Schmitz und Jürgen Schupp

## ABSTRACT

Aktuelle Befragungsergebnisse zeigen, dass nur rund die Hälfte aller Erwachsenen in Deutschland einer pauschalen Rückerstattung von 80 Prozent der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Form eines Klimageldes zustimmen würde. Sie belegen aber auch, dass ein angemessen hohes Klimageld selbst bei deutlich höheren CO<sub>2</sub>-Preisen zu einer höheren Akzeptanz führt. Derzeit vertritt noch knapp die Hälfte der Befragten eine eher ambivalente, also leicht zustimmende oder leicht ablehnende Meinung zum Klimageld. Diejenigen, die eine Rückerstattung von 80 Prozent der Einnahmen aus der zum Befragungszeitpunkt geltenden CO<sub>2</sub>-Bepreisung ablehnen, bekunden vor allem ihre generelle Ablehnung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Als weiterer Grund wird die Skepsis hinsichtlich der klimapolitischen Wirksamkeit des betrachteten Klimagelds genannt. Der Grad der Zustimmung variiert zudem hinsichtlich einiger soziodemographischer Merkmale. In Anbetracht der absehbar steigenden CO<sub>2</sub>-Preise wird ein sozialer Ausgleich beispielsweise in Form eines Klimageldes notwendig sein. Die Studienergebnisse zeigen, wie wichtig es ist, die vorhandenen Bedenken zur klimapolitischen Wirksamkeit und der gerechten Verteilung der Kosten zu adressieren. Hierzu müssen die Ausgestaltung und Wirksamkeit des Klimageldes besser erläutert werden.

Deutschland soll gemäß den Zielen des Klimaschutzgesetzes bis zum Jahr 2045 klimaneutral sein. Bereits bis 2030 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen um mindestens 65 Prozent gegenüber 1990 sinken.<sup>1</sup> Der Expertenrat für Klimafragen fordert, dass zur Einhaltung dieser Ziele keinerlei Aufschub geduldet werden darf und es unverminderter klimapolitischer Anstrengungen bedarf.<sup>2</sup> Ein wirkungsvolles Instrument, um die Klimaziele zu erreichen, ist eine effektive CO<sub>2</sub>-Bepreisung durch den europäischen und nationalen Emissionshandel (Kasten 1).<sup>3</sup> Wenn die erlaubten Emissionsmengen sukzessive verringert werden, steigen die CO<sub>2</sub>-Preise und dadurch auch die Preise der fossilen Energieträger. Dies setzt breite wirtschaftliche Anreize zum Umstieg auf klimaschonende Alternativen.<sup>4</sup>

Höhere fossile Energiepreise in den Bereichen Wärme und Mobilität bedeuten jedoch stärkere Belastungen für Verbraucher\*innen. Dies betrifft die unteren Einkommensgruppen relativ stärker, da deren Energiekosten einen deutlich größeren Anteil am Haushaltsbudget ausmachen.<sup>5</sup> Durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung entstehen zusätzliche Einnahmen für den Staat, die in den Klima- und Transformationsfonds fließen und im Bundeshaushalt ausschließlich für klimapolitische Zwecke verwendet werden dürfen. Diese Mehreinnahmen könnten auch für eine pauschale Rückerstattung (Klimageld) an alle Privatpersonen verwendet werden, um so die höhere finanzielle Belastung durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung teilweise oder ganz auszugleichen. Von einem so ausgestalteten Klimageld würden Haushalte mit geringen

<sup>1</sup> Bundesregierung (2024): Treibhausgasemissionen sinken deutlich (online verfügbar, abgerufen am 16. Januar 2025). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht.

<sup>2</sup> So warnt der Expertenrat für Klimafragen davor, dass Deutschland seine Ziele für 2030 durchaus auch verfehlen könne, da bisherige Emissionsreduktionen nur zum Teil der Klimaschutzpolitik geschuldet seien. Er mahnt deshalb weitergehende Klimaschutzpolitische Maßnahmen an. Expertenrat für Klimafragen (2024): Gutachten zur Prüfung der Treibhausgas-Projektionsdaten 2024. Sondergutachten gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz vom 3.6.2024 (online verfügbar).

<sup>3</sup> Eine Meta-Studie belegt die Wirksamkeit der CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit einer statistisch signifikanten Emissionsreduzierung in Höhe von –4 Prozent bis –15 Prozent. Niklas Döbbling-Hildebrandt (2024): Systematic review and meta-analysis of ex-post-evaluations on the effectiveness of carbon pricing. *Nature Communications*, Nr. 15, 41–47 (online verfügbar).

<sup>4</sup> Sophie M. Behr et al. (2024): Sanierung sehr ineffizienter Gebäude sichert hohe Heizkostenrisiken ab. DIW Wochenbericht Nr. 19, 279–287 (online verfügbar).

<sup>5</sup> Stefan Bach et al. (2024): CO<sub>2</sub>-Bepreisung: Klimaprämie zügig einführen, bei höheren Einkommen abschmelzen. DIW Wochenbericht Nr. 42, 647–655 (online verfügbar).

## Kasten 1

**Klimageld und CO<sub>2</sub>-Bepreisung – Institutioneller Rahmen**

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Deutschland erfolgt aktuell im Rahmen des europäischen Emissionshandelssystems (EU-ETS) für Industrie und Stromerzeugung und des nationalen Brennstoffemissionshandels (nEHS) für Kraft- und Heizstoffe. Der EU-ETS deckt die Stromerzeugung, Industrie sowie die Luftfahrt innerhalb der EU ab. Unternehmen in diesen Sektoren sind verpflichtet, Zertifikate für ihre Emissionen zu erwerben. Diese werden entweder versteigert oder in begrenztem Umfang kostenlos zugeteilt. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Zertifikate fließen in die nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten und werden häufig für Klimaschutzmaßnahmen, Innovationen und soziale Kompensation verwendet. Der nEHS ergänzt das EU-ETS und gilt seit 2021 für fossile Brennstoffe in den Bereichen Verkehr und Gebäude in Deutschland. Hier kaufen zum Beispiel Energieunternehmen CO<sub>2</sub>-Zertifikate für die von ihnen verkauften fossilen Brennstoffe.

Bis Dezember 2024 lag der nationale CO<sub>2</sub>-Preis bei 45 Euro pro Tonne – dieser Preis galt auch während des Hauptbefragungszeitraums der im Bericht vorgestellten Studie. Zum 1. Januar 2025 wurde der Preis auf 55 Euro pro Tonne angehoben: Im Jahr 2026 wird er in einem Korridor von 55 bis 65 Euro pro Tonne liegen. Durch die schrittweise Verteuerung fossiler Energieträger sollen wirtschaftliche Anreize für klimafreundliche Technologien und Verhaltensweisen geschaffen werden. Die Einnahmen aus dem nEHS fließen direkt in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) des Bundeshaushalts. Sie sind zweckgebunden und dienen vor allem der Finanzierung energie- und klimapolitischer Maßnahmen im Rahmen von Förderprogrammen für Gebäudesanierungen und

Elektromobilität.<sup>1</sup> Die in dieser Studie diskutierte Rückerstattung bezieht sich ausschließlich auf die Einnahmen aus dem nEHS.

Wissenschaftliche Analysen zeigen, dass zur Erreichung der europäischen Klimaziele bis 2030 deutlich höhere CO<sub>2</sub>-Preise erforderlich sind. Eine Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) schätzt, dass in den Sektoren außerhalb des EU-ETS, wie Verkehr und Gebäude, CO<sub>2</sub>-Preise von bis zu 275 Euro pro Tonne notwendig sein könnten, um die Emissionsziele zu erreichen.<sup>2</sup> Diese hohen Preise unterstreichen die Notwendigkeit zusätzlicher Maßnahmen, um soziale Härten zu vermeiden und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern. Das Klimageld wird als zentrales Instrument der sozialen Abfederung diskutiert. Studien zeigen, dass eine direkte, pauschale Rückerstattung der CO<sub>2</sub>-Einnahmen an die Bevölkerung die Akzeptanz für steigende CO<sub>2</sub>-Preise erhöhen kann.<sup>3</sup> Die Einführung eines Klimageldes in Deutschland ist bislang an administrativen und politischen Hürden gescheitert. So fehlen beispielsweise geeignete Mechanismen für die pauschale Auszahlung der Einnahmen.

<sup>1</sup> Für die Bundesregierung bleibt der KTF – auch nach der Streichung einer Rücklage in Höhe von 60 Milliarden Euro infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts „im Ergebnis ein Fonds für die Bürgerinnen und Bürger, für Arbeitsplätze und Wertschöpfung“. Die Bundesregierung (2023): Sondervermögen „KTF“. Milliardeninvestitionen in Energiewende, Klimaschutz und Transformation, Aktuelles 9. August 2023 (online verfügbar).

<sup>2</sup> Robert C. Pietzcker et al. (2021): Notwendige CO<sub>2</sub>-Preise zum Erreichen des europäischen Klimaziels 2030 (Ariadne Hintergrund). Potsdam Institute for Climate Impact Research (online verfügbar).

<sup>3</sup> Stephan Sommer, Linus Mattauch und Michael Pahle (2022): Supporting carbon taxes: The role of fairness. Ecological Economics, Vol. 195 (online verfügbar).

CO<sub>2</sub>-Emissionen überproportional profitieren. Da Haushalte mit geringen Einkommen häufig auch weniger Emissionen verursachen, könnte daher ein Klimageld die negativen Verteilungswirkungen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung bei unteren bis mittleren Einkommensgruppen ausgleichen oder zumindest reduzieren.<sup>6</sup>

Die Ampelkoalition hatte bislang auf eine Rückerstattung der Einnahmen aus dem Klima- und Transformationsfonds an die Bürger\*innen – nicht zuletzt auch aufgrund eines bislang fehlenden Auszahlungsmechanismus – verzichtet.<sup>7</sup> Für die

politische Umsetzung dieser auf CO<sub>2</sub>-Bepreisung basierenden Klimaschutzpolitik, die eine Zunahme der Belastungen für Verbraucher\*innen nicht ausschließt, muss bei den Bürger\*innen um Verständnis gerungen werden. Dabei dürfen vor allem Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen sowie Gruppen, die keine Möglichkeit zum Umstieg auf weniger CO<sub>2</sub>-intensive Alternativen haben, finanziell nicht überfordert werden.

In diesen Wochenbericht wird auf Basis einer Online-Umfrage unter erwachsenen Personen in Deutschland untersucht,<sup>8</sup> wie groß die Zustimmung in der Bevölkerung zu verschiedenen klimapolitischen Maßnahmenbündeln, die jeweils aus einem CO<sub>2</sub>-Preis und einer pauschalen Rückerstattung von einem – für alle Erwachsenen in gleicher Höhe ausgezahlten – Klimageld bestehen.<sup>9</sup> Es wird auch gezeigt, wie sich der Grad der Zustimmung zwischen soziodemographischen Gruppen unterscheidet und wie sich die

<sup>6</sup> Stefan Bach et al. (2023): Verkehrs- und Wärmewende: CO<sub>2</sub>-Bepreisung stärken, Klimageld einführen, Anpassungskosten verringern. DIW Wochenbericht Nr. 23, 274–280 (online verfügbar).

<sup>7</sup> Vgl. hierzu die Antwort der Bundesregierung zum Umsetzungsstand zur Einführung und Auszahlung eines Klimageldes sowie die Mitteilung des Finanzministers Jörg Kukies vom Dezember 2024, dass im Jahr 2025 der Basismechanismus für pauschale Auszahlungen bereitstehe und dass „über konkrete Leistungen eine künftige Bundesregierung zu entscheiden habe“. Deutscher Bundestag (2024): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion CDU/CSU. Umsetzungsstand zur Einführung und Auszahlung eines Klimageldes, Drucksache 20/13865 vom 19.11.2024 (online verfügbar); Bundesministerium der Finanzen (2024): Bundesregierung bringt Eckpunkte für einen Direktauszahlungsmechanismus auf den Weg, Pressemitteilung vom 18.12.2024 (online verfügbar). Von wissenschaftlicher Seite wurde sehr früh auf – rascher realisierbare – Wege einer Rückerstattung hingewiesen. Jan Stede et al. (2020): Optionen zur Auszahlung einer Pro-Kopf-Klimaprämie für einen sozialverträglichen CO<sub>2</sub>-Preis. Endbericht eines Forschungsprojekts im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen (fe 3/19). DIW Berlin Politikberatung kompakt Nr. 155 (online verfügbar).

<sup>8</sup> Peter Haan dankt für finanzielle Unterstützung durch das Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialforschung und das Forschungsprojekt Ariadne (AP7).

<sup>9</sup> In der Studie wurde davon ausgegangen, dass Kindern nur die Hälfte des Klimageldes einer erwachsenen Person im Haushalt erstattet wird.

## Kasten 2

## Methodik

## Umfrage

Die Analyse basiert auf einem breit angelegten Online-Umfrageexperiment mit 6700 Befragten. Für den Wochenbericht wird nur die Kontrollgruppe herangezogen, die keine weiteren Informationstreatments erhalten hat und damit am ehesten mit der Allgemeinbevölkerung vergleichbar ist (N=850). Es werden ausschließlich Teilnehmende berücksichtigt, die einen Aufmerksamkeitstest erfolgreich absolviert haben. Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte zufällig und wurde hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Haushaltsgröße und Wohngebiet an repräsentative Verteilungen der deutschen Bevölkerung angepasst. Um herauszufinden, inwiefern die Zustimmung zu einer Politikmaßnahme mit den Parametern des jeweiligen CO<sub>2</sub>-Preises und Höhe der Rückerstattung variiert, wird ein Vignetten-Design verwendet, das den CO<sub>2</sub>-Preis und den Anteil der an die Haushalte zurückfließenden Einnahmen variiert. Die zentrale Ergebnisvariable ist die erklärte Unterstützung für die Einführung der spezifischen Kombination aus CO<sub>2</sub>-Preis und Höhe der Rückerstattung gemessen auf einer 6-Punkte-Likert-Skala. Die genaue Frage lautet „Alles in allem, sind Sie für die Einführung dieser Politik?“ In dem Wochenbericht werden die zustimmenden und ablehnenden Antwortkategorien zu einer binären Variable zusammengefasst, die lediglich zwischen einer Haltung „für“ und „gegen“ die Politikmaßnahme unterscheidet.

## Erstellung wichtiger Messgrößen

Das Einkommen wird als Haushaltsnettoeinkommen abgefragt, wobei die Optionen als Einkommensstufen angegeben werden. Es wird ein gewichtetes Äquivalenzeinkommen pro Person berechnet, indem die Mittelwerte durch die Anzahl der Personen im

Haushalt geteilt werden. Erwachsene erhalten ein Gewicht von eins und Kinder von 0,5. Dann werden die Befragten in folgende drei Gruppen eingeteilt: niedriges Einkommen (unter 60 Prozent des Medianäquivalenzeinkommens), mittleres Einkommen (zwischen 60 Prozent und 150 Prozent des Medianäquivalenzeinkommens) und hohes Einkommen (über 150 Prozent des Medianäquivalenzeinkommens). Das Bildungsniveau wird auf Basis des höchsten Bildungsabschlusses ebenfalls in drei Kategorien eingeteilt: 1. bis mittlere Reife (kein Schulabschluss, Hauptschulabschluss, mittlere Reife), 2. Abitur, 3. Hochschulabschluss. Die Variable „Erneuerbare Heizenergie“ gibt an, ob ein Teil des Heizenergiebedarfs im jeweiligen Haushalt mit Erneuerbaren (Holz, Solarthermie oder Umweltwärme) abgedeckt wird.

## Regressionsmodell

Die Regressionsergebnisse zum Zusammenhang zwischen soziodemographischen Merkmalen und der Zustimmung zu einem Maßnahmenpaket von 80 Prozent Rückerstattung der Einnahmen aus einem CO<sub>2</sub>-Preis von 45 Euro pro Tonne basieren auf mehreren linearen Regressionsmodellen. In diesen Modellen wird der Zusammenhang der einzelnen Kategorien auf die allgemeine Akzeptanz getrennt bewertet. Die Akzeptanz wird dabei als binäre Variable gemessen.

Für die Regressionsergebnisse zum Einfluss des Preises und des Rückerstattungsanteils auf die Zustimmung wird ebenfalls ein lineares Regressionsmodell verwendet. Der Preis, der Rückerstattungsanteil sowie fixe Effekte des Teilnehmenden werden berücksichtigt.

Zustimmung mit Höhe des Preises sowie unterschiedlichen Varianten einer Rückerstattung des Klimageldes verändert.

### Knapp die Hälfte der Bevölkerung befürwortet CO<sub>2</sub>-Bepreisung bei 80-prozentiger Rückerstattung

Bisherige Befragungen zur Akzeptanz der CO<sub>2</sub>-Bepreisung bei gleichzeitiger Entlastung von Verbraucher\*innen durch ein Klimageld belegen, dass in Deutschland ein vergleichsweise hoher Grad an Zustimmung festgestellt werden konnte.<sup>10</sup> So ergab beispielsweise eine Umfrage von Juni 2023, dass rund 70 Prozent der Befragten einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung zustimmen würden, sofern sie mit einer einheitlichen

Rückzahlung an die Verbraucher\*innen einherginge.<sup>11</sup> Zugleich hat aber eine vom RWI vorgelegte Studie ergeben, dass die derzeitigen Kenntnisse der Bürger\*innen zur Wirkungsweise und zur Höhe der CO<sub>2</sub>-Bepreisung sowie der für sie daraus resultierenden finanziellen Konsequenzen als unzureichend einzustufen sind.<sup>12</sup> Eine weitere Studie zeigt, dass die Akzeptanz für eine ambitionierte Klimapolitik und die Zustimmung zu konkreten klimapolitischen Maßnahmen steigt, wenn die betrachtete Klimaschutzmaßnahme von Bürger\*innen sowohl als wirksam als auch als sozial gerecht wahrgenommen wird.<sup>13</sup> Weiter belegt die

<sup>10</sup> Einige Studien zeigten, dass mögliche andere Formen der Entlastung der Bürger\*innen stärkere Zustimmung erfahren können. Einen Überblick geben Rolf G. Heinze und Jürgen Schupp (2024): Klimageld als Transformationshebel – Gestaltungspotenziale und Umsetzungsblockaden. In: Kai-Uwe Hellmann (Hrsg.) (2024): Verbrauchersozialpolitik. Reihe Verbraucherforschung, Baden-Baden, 231–250 (online verfügbar).

<sup>11</sup> Andrej Woerner et al. (2024): How to increase public support for carbon pricing with revenue recycling. Nature Sustainability, Nr. 7, 1–9 (online verfügbar).

<sup>12</sup> Jana Eßer et al. (2023): CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Deutschland: Kenntnisstand privater Haushalte im Jahr 2022. RWI Materialien, Diskussionspapier Nr. 157 (online verfügbar).

<sup>13</sup> Sara Holzmann und Frederik Digulla (2024): Klimapolitik für Akzeptanz. Der aktuelle Policy-Mix auf dem Prüfstand. Bertelsman Stiftung, Fokus Paper #25, 11f (online verfügbar). Ähnliche Erkenntnisse mithilfe unterschiedlicher Methoden lieferte auch bereits die Studie von Elisabeth Dütschke et al. (2023): Using the revenues from carbon pricing – Insights into the acceptance and perceptions of particularly burdened groups. Energy Policy, Vol. 175, Article 113468 (online verfügbar).

Studie, dass der in Deutschland geltende CO<sub>2</sub>-Preis ohne eine direkte Rückerstattung der Einnahmen an die Bürger\*innen überwiegend als ungerecht bewertet wird.

Die im November und Dezember 2024 und im Januar 2025 im Auftrag des DIW Berlin durchgeführte Befragung (Kasten 2) zeigt, dass knapp die Hälfte (48 Prozent) der 780 Befragten, die die Maßnahmenbündel bewertet haben, einer pauschalen Rückerstattung von 80 Prozent der Einnahmen aus der zum Umfragezeitpunkt geltenden CO<sub>2</sub>-Bepreisung an Privatpersonen zustimmen würde (Abbildung 1).<sup>14</sup> Acht Prozent der insgesamt 850 Befragten gab gar keine Bewertung ab. Die im Folgenden berichteten Anteile beziehen sich jeweils auf die 780 Befragten, die die Maßnahmenbündel bewerteten.

Auffallend ist, dass der vage Grad der Zustimmung („eher dafür“) oder auch Ablehnung („eher dagegen“) ebenfalls von der Hälfte der Befragten (53 Prozent) präferiert wird, während die Extrempositionen völliger Ablehnung oder auch völliger Zustimmung deutlich seltener vertreten werden. So sind lediglich 30 Prozent der Befragten wirklich „gegen“ oder „völlig gegen“ die Einführung eines Klimageldes bei einem CO<sub>2</sub>-Preis von 45 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalente – also dem während des Befragungszeitraumes geltenden CO<sub>2</sub>-Preis.<sup>15</sup>

### Hauptgrund der Skepsis gegenüber Klimageld ist generelle Ablehnung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung

In der Umfrage wurde auch nach den Gründen für eine Ablehnung der Kombination des zum Zeitpunkt geltenden CO<sub>2</sub>-Preises von 45 Euro pro Tonne bei einer pauschalen Rückerstattung von 80 Prozent gefragt. Die 406 Befragten, die dieses Maßnahmenpaket ablehnten, gaben am häufigsten (44 Prozent) an, generell die CO<sub>2</sub>-Bepreisung als klimapolitisches Instrument abzulehnen (Abbildung 2).

An zweiter Stelle stehen Bedenken hinsichtlich der finanziellen Belastung für den eigenen Haushalt (39 Prozent). Die Tatsache, dass ein großer Teil der Befragten um die eigene Kaufkraft besorgt ist, deutet darauf hin, dass die individuellen wie gesamtgesellschaftlichen Implikationen eines Klimageldes trotz der in der Fragestellung vorgenommenen Präzisierungen nicht vollständig verstanden wurden. Grundsätzlich würden alle Einkommensgruppen im Vergleich zum Status quo (keine Rückerstattung) finanziell profitieren. Es kann auch der Fall sein, dass dahinter eine grundsätzliche Überzeugung gegen die CO<sub>2</sub>-Bepreisung als klimapolitisches Instrument („Ich bin grundsätzlich gegen einen CO<sub>2</sub>-Preis“) steht.

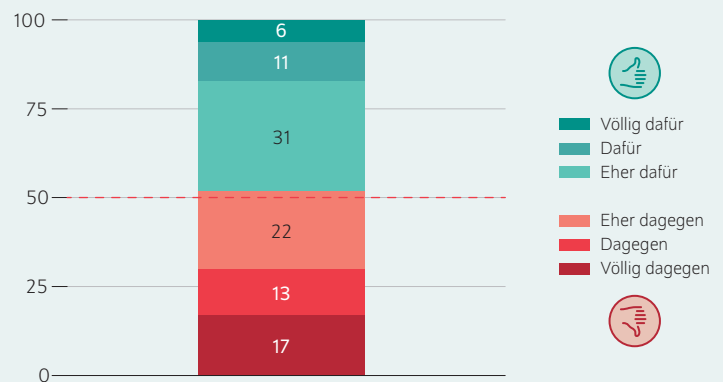
Mehr als ein Viertel (26 Prozent) derjenigen, die eine 80-prozentige Rückerstattung der zum Befragungszeitpunkt

<sup>14</sup> In der Umfrage wurden die Befragten informiert, dass die restlichen 20 Prozent der Einnahmen in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert werden würden.

<sup>15</sup> Die Befragten, die noch im Januar 2025 befragt wurden (17 Prozent der hier untersuchten Stichprobe), wurden auf die Änderung des CO<sub>2</sub>-Preises zum 1.1.2025 auf 55 Euro pro Tonne hingewiesen. Sie wurden gebeten, den Fragebogen so auszufüllen, als ob der CO<sub>2</sub>-Preis weiterhin 45 Euro betragen würde.

Abbildung 1

### Akzeptanz eines Maßnahmenbündels aus einem CO<sub>2</sub>-Preis von 45 Euro pro Tonne und einer Rückerstattung von 80 Prozent In Prozent



Anmerkung: Prozentangabe basierend auf Antworten von 780 der insgesamt 850 Befragten. Die übrigen 70 Befragten gaben „weiß nicht“ an.

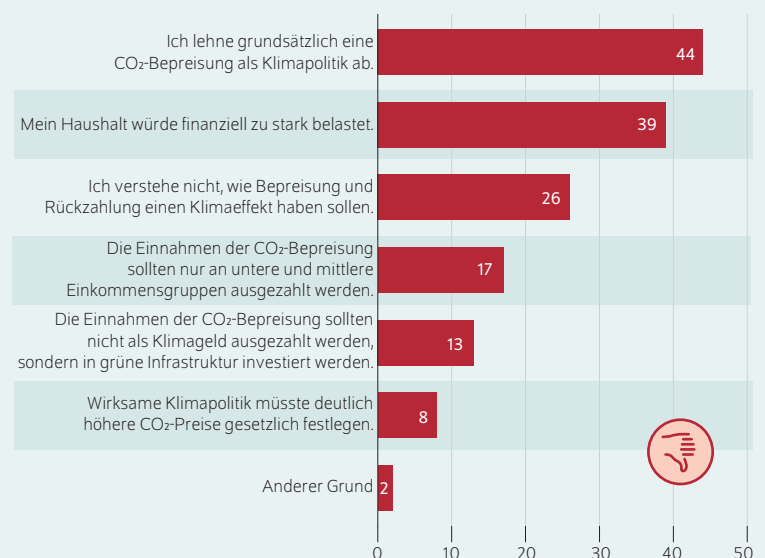
Quelle: Erhebung im Auftrag des DIW Berlin, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Knapp die Hälfte der Befragten hat eine eher ambivalente, also leicht zustimmende oder leicht ablehnende Haltung zum betrachteten Maßnahmenpaket.

Abbildung 2

### Gründe der Ablehnung des Maßnahmenbündels (CO<sub>2</sub>-Preis von 45 Euro pro Tonne und Rückerstattung von 80 Prozent) In Prozent



Anmerkungen: Gefragt werden nur Personen, die zuvor angaben, dieses Maßnahmenbündel abzulehnen (N = 406 von 780 Befragten). Mehrfachnennungen möglich.

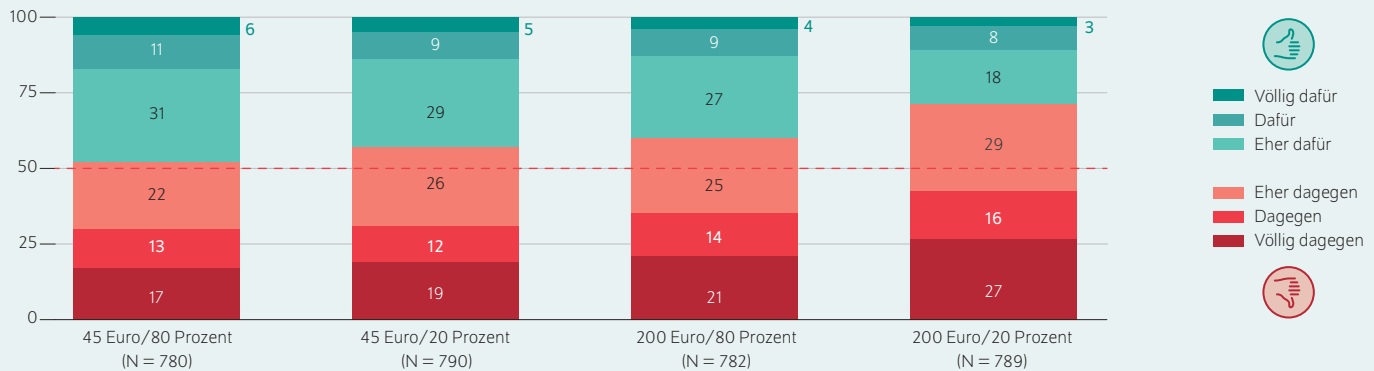
Quelle: Erhebung im Auftrag des DIW Berlin, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Personen, die das Maßnahmenbündel ablehnen, sind grundsätzlich gegen eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung.

Abbildung 3

### Einstellung zum Klimageld für Kombinationen von unterschiedlichen CO<sub>2</sub>-Preisen und unterschiedlichen Anteilen der Rückerstattung aus CO<sub>2</sub>-Bepreisung In Prozent



Anmerkungen: Maßnahmenpakete eines CO<sub>2</sub>-Preises von 45 Euro pro Tonne oder 200 Euro pro Tonne sowie einer Rückerstattung von 20 Prozent oder 80 Prozent. N= 850 Befragte.

Quelle: Erhebung im Auftrag des DIW Berlin, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Ein hoher CO<sub>2</sub>-Preis ohne hohe Rückerstattung findet kaum Akzeptanz.

geltenden CO<sub>2</sub>-Bepreisung ablehnten, gaben an, nicht zu verstehen, wie eine Kombination aus CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Rückerstattung einen Klimaeffekt haben kann. 17 Prozent der Ablehnenden wünschten sich, dass die Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung nur an untere und mittlere Einkommensgruppen ausgezahlt werden. Acht Prozent der Ablehnenden gab an, dass höhere CO<sub>2</sub>-Preise nötig wären. Insgesamt deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass die Skepsis gegenüber Steuer- und Rückvergütungssystemen wie dem Klimageld eng mit einer generellen Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen und dem Eigeninteresse (Sorge um die eigene Kaufkraft) verknüpft ist. Außerdem spielen Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit (fehlendes Verständnis des Wirkungsmechanismus) und Gerechtigkeitsaspekte eine Rolle – ein Ergebnis, das mit früheren Studien übereinstimmt.<sup>16</sup>

#### Bei hoher Rückerstattung finden selbst sehr hohe CO<sub>2</sub>-Preise relativ viel Unterstützung

Werden die verschiedenen Ausgestaltungen des Klimageldes betrachtet – CO<sub>2</sub>-Preis (45 Euro/Tonne versus 200 Euro/Tonne) und Höhe der Rückzahlung an die Verbraucher\*innen (20 Prozent versus 80 Prozent) – so zeigt sich, dass die Zustimmung mit höherem CO<sub>2</sub>-Preis und niedrigerer Rückzahlung von 20 Prozent schwindet (Abbildung 3). Beim

Szenario von einem CO<sub>2</sub>-Preis von 200 Euro pro Tonne und einer Rückzahlung von 20 Prozent geben nur noch 29 Prozent der Befragten an, diesem Maßnahmenbündel zuzustimmen. Bemerkenswert ist jedoch, dass selbst ein sehr hoher CO<sub>2</sub>-Preis von 200 Euro pro Tonne von 40 Prozent der Befragten befürwortet wird, sofern ein erheblicher Anteil der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung als Klimageld zurückerstattet wird. Wird in einem Regressionsmodell für die soziodemographischen Hintergründe der Befragten kontrolliert, so zeigt sich, dass ein CO<sub>2</sub>-Preis von 200 Euro statt 45 Euro die Zustimmung um elf Prozentpunkte reduziert, während eine Rückerstattung von 80 Prozent anstelle von 20 Prozent die Zustimmung um acht Prozentpunkte erhöht (Abbildung 4). Diese Ergebnisse unterstreichen, dass das Klimageld allein nur eingeschränkt geeignet ist, die breite Akzeptanz für ambitionierte Klimapolitik nachhaltig zu stärken. Insgesamt führen – wenig überraschend – höhere Preise zu einem Rückgang der Unterstützung eines Klimageldes, während eine höhere Rückerstattung die Unterstützung erhöht.

#### Zustimmung für Klimageld nimmt mit Alter deutlich ab

Im Folgenden wird die Zustimmung zu dem Maßnahmenbündel mit einem CO<sub>2</sub>-Preis von 45 Euro und einer Rückzahlung von 80 Prozent nach unterschiedlichen soziodemographischen Merkmalen differenziert. Dabei zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Alter der Befragten und der Ablehnung des Maßnahmenbündels. So sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung im Vergleich zur jüngsten Gruppe der 18- bis 24-Jährigen um knapp 25 Prozentpunkte, wenn die Befragten 55 Jahre oder älter sind (Abbildung 5).

<sup>16</sup> Antoine Dechezleprêtre et al. (2022): Fighting climate change: International attitudes toward climate policies. National Bureau of Economic Research, Working Paper Series, Working Paper Nr. 30265 (online verfügbar). Gleichzeitig belegt eine aktuelle Übersichtsstudie, in der die Ergebnisse von 36 empirischen Studien zur Zustimmung zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung sowie zu unterschiedlichen Einnahmeverwendungen untersucht wurden, dass eine pauschale Rückzahlung sowohl weltweit als auch in Europa tendenziell weniger Zustimmung findet als eine Reihe alternativer Verwendungen der Einnahmen wie Steuererleichterungen oder grüne Investments. Valencia Mohammadzadeh et al. (2024): Public support for carbon pricing policies and revenue recycling options: a systematic review and meta-analysis of the survey literature. npj Climate Action 3, Article Nr. 74 (online verfügbar).



Befragte, die in einer Großstadt leben, sowie Personen, die erneuerbare Energiequellen (wie Umweltwärme oder Solarthermie) zum Heizen im eigenen Haushalt verwenden, weisen hingegen eine signifikant höhere Unterstützung zum Klimageld auf. Abgesehen von diesen Merkmalen lassen sich keine statistisch signifikanten Zusammenhänge zwischen anderen sozioökonomischen Merkmalen und der Unterstützung des Maßnahmenbündels feststellen. Personen, die ein Auto besitzen, zeigen zwar im Vergleich zu Personen ohne Auto eine tendenziell geringere Unterstützung; hier ist der Unterschied jedoch nicht statistisch signifikant. Interessant ist, dass das verfügbare Haushaltseinkommen keine Auswirkungen auf die Zustimmung hat, obwohl die Sorge vor einer zu starken finanziellen Belastung am zweithäufigsten als Grund der Ablehnung des betrachteten Maßnahmenbündels angeführt wurde.

### Schlussfolgerungen: Klimageld als sozialer Ausgleich wichtig – bessere Erläuterung nötig

Am 1. Januar 2025 ist der CO<sub>2</sub>-Preis von 45 auf 55 Euro pro Tonne gestiegen. Damit sind klimaschädliche Brennstoffe wie Heizöl und Gas teurer und ein Umstieg auf Elektromobilität, der Einbau von klimafreundlichen Heizungen oder die energetische Sanierung von Gebäuden tendenziell attraktiver geworden. Höhere fossile Energiepreise in den Bereichen Wärme und Mobilität erhöhen die finanziellen Belastungen von Verbraucher\*innen. Davon sind untere Einkommensgruppen relativ stärker betroffen, da Energiekosten ein großer Posten in ihrem Haushaltsbudget sind. Die durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung entstehenden Einnahmen könnten genutzt werden, um Verbraucher\*innen durch pauschale Klimageldzahlungen zu entlasten.

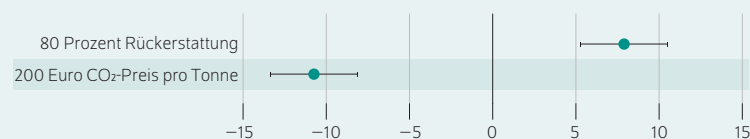
Die empirischen Studienergebnisse zeigen, dass etwa knapp die Hälfte der Befragten einem pauschalen Klimageld zustimmen würde. Vor allem bei der älteren Bevölkerung, aber auch bei in ländlichen Gegenden lebenden Menschen und solchen, die auf fossile Energiequellen zum Heizen angewiesen sind, stößt derzeit die Einführung eines Klimageldes auf signifikant geringere Zustimmung als in der Vergleichsgruppe. Wichtige Gründe der Ablehnung sind eine grundsätzliche Ablehnung von CO<sub>2</sub>-Preisen als klimapolitische Maßnahme sowie die Sorge vor finanziellen Mehrbelastungen. Die weitverbreitete Besorgnis um die eigene Kaufkraft unter der zum Befragungszeitpunkt geltenden CO<sub>2</sub>-Bepreisung deutet darauf hin, dass die Vorteile des Klimageldes – insbesondere für einkommensschwache Haushalte – noch nicht ausreichend kommuniziert wurden. Gleichzeitig hat sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung noch kein klares Urteil zur Einführung des Klimageldes gebildet, was den Bedarf an weiteren Informationen unterstreicht.

Eine künftige Bundesregierung wäre gut beraten, in ihrem Regierungsprogramm nicht nur abstrakt einen „sozialen Kompensationsmechanismus“ für künftige Preisanstiege bei Nutzung fossiler Energien anzukündigen, sondern möglichst umgehend nach Regierungsbildung die Auszahlung eines Klimageldes mit verlässlichem Zeitplan zu beschließen

Abbildung 4

### Auswirkung des CO<sub>2</sub>-Preises und des Rückerstattungsanteils auf die Akzeptanz

Veränderung der Zustimmung in Prozentpunkten



Anmerkung: Zugrunde liegt ein lineares Regressionsmodell, in dem soziodemographische Hintergründe der Befragten und die Merkmale des Maßnahmenpakets berücksichtigt werden. N = 742.

Quelle: Erhebung im Auftrag des DIW Berlin, eigene Berechnungen.

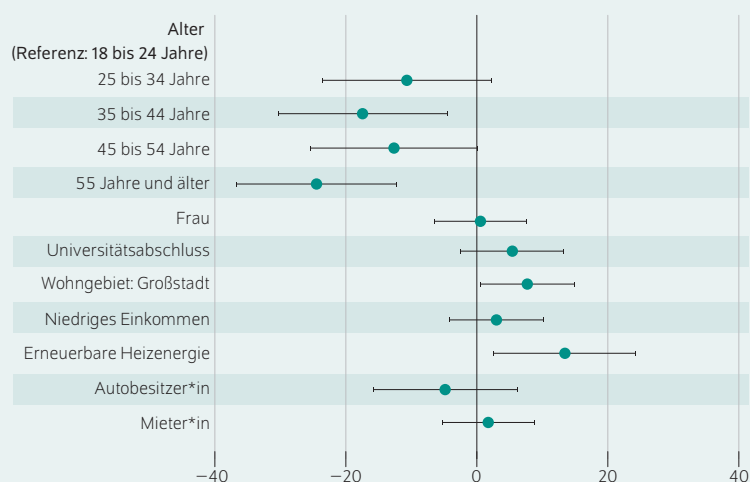
© DIW Berlin 2025

Bei gleichbleibender Rückerstattung sinkt die Zustimmung bei hohem CO<sub>2</sub>-Preis um elf Prozentpunkte, während bei konstantem CO<sub>2</sub>-Preis die Zustimmung bei hoher Rückerstattung um acht Prozentpunkte steigt.

Abbildung 5

### Auswirkung sozioökonomischer Merkmale auf die Zustimmung zu einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung von 45 Euro pro Tonne und einer Rückerstattung von 80 Prozent

Veränderung der Zustimmung in Prozentpunkten



Anmerkungen: Zugrunde liegt ein Maßnahmenpaket mit einem CO<sub>2</sub>-Preis von 45 Euro pro Tonne und einer Rückerstattung von 80 Prozent. Referenzkategorien: Alter 18 bis 24 Jahre; männlich; kein Universitätsabschluss; ländliches Wohngebiet oder Kleinstadt; mittleres bis hohes Einkommen; Haushalt heizt mit nichterneuerbaren Energiequellen; kein Auto; Wohnungs-/Hauseigentümer\*in. Niedriges Einkommen definiert als 60 Prozent des Medianäquivalenzeinkommens (1 357 Euro) oder weniger. N = 780.

Quelle: Erhebung im Auftrag des DIW Berlin, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Die Zustimmung ist gering in der älteren Bevölkerung, bei Personen, die in ländlichen Gegenden wohnen, und denjenigen, die noch fossil heizen.

und vor allem die erforderlichen Mittel im künftigen Haushaltsplan zu berücksichtigen. Neben einer Ankündigung der zu erwartenden Höhe des Klimageldes – insbesondere in Relation zu dem ab 2026 auf bis zu 65 Euro pro Tonne steigenden CO<sub>2</sub>-Preis – ist es wichtig, die konkreten Details der Ausgestaltung klar zu definieren. Hierbei ist beispielsweise

zu klären, ob die Auszahlung für alle in pauschaler Höhe erfolgt, oder ob eine nach Belastung differenzierte Auszahlung vorgenommen werden soll. Des Weiteren ist zu überlegen, welcher Betrag für Kinder vorgesehen ist und inwieweit das Klimageld der Einkommenssteuerpflicht unterliegt. Die Auszahlung eines pauschales Klimageldes beinhaltet aufgrund des nach Einkommensgruppen unterschiedlichen CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks bereits eine öko-soziale Komponente<sup>17</sup>. Sofern der Auszahlungsmechanismus für alle Bürger\*innen eine pauschale Auszahlung vorsieht, könnte er rasch umgesetzt werden. Weitere soziale Staffelungen der Höhe eines Klimageldes können hingegen erst dann erfolgen, wenn

<sup>17</sup> Eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien belegt, dass eine Pro-Kopf-Auszahlung eines Klimageldes bereits eine „soziale Entlastungskomponente“ enthält, die dazu führt, dass die relative Entlastung bei den mittleren und unteren Einkommensdezilen deutlich größer ist, so dass das Klimageld der regressiven Belastung durch höhere Energiepreise entgegenwirkt. Vgl. Bach et al. (2023), a. a. O.

hierzu die entsprechenden datenschutzrechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden sind.

Soll das politische Fundament für mehr Klimaschutz in Deutschland nicht erodieren, so müssen einerseits Bedenken und Erwartungen der Bürger\*innen ernst genommen werden, andererseits sind aber auch die Wirkungsmechanismen klimapolitischer Maßnahmen sowie deren sozialpolitische Flankierung sachgemäß zu kommunizieren. Auf diese Weise könnte die erforderliche Akzeptanz von Bürger\*innen für weitere klimapolitisch erforderliche Schritte auf dem Weg zur Dekarbonisierung Deutschlands (zurück-) gewonnen werden.

**Sandra Bohmann** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Staat im DIW Berlin | [sbohmann@diw.de](mailto:sbohmann@diw.de)

**Lars Felder** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat im DIW Berlin | [lfelder@diw.de](mailto:lfelder@diw.de)

**Peter Haan** ist Leiter der Abteilung Staat im DIW Berlin und Professor für empirische Wirtschaftsforschung an der FU Berlin | [phaan@diw.de](mailto:phaan@diw.de)

**Merve Küçük** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am CMCC (Centro Euro-Mediterraneo sui Cambiamenti Climatici) in Venedig | [merve.kucuk@cmcc.it](mailto:merve.kucuk@cmcc.it)

**Claudia Kemfert** ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin | [sekretariat-evu@diw.de](mailto:sekretariat-evu@diw.de)

**Laura Schmitz** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin | [lschmitz@diw.de](mailto:lschmitz@diw.de)

**Jürgen Schupp** ist Wissenschaftler in der Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel im DIW Berlin | [jschupp@diw.de](mailto:jschupp@diw.de)

**JEL:** D31, H23, Q41

**Keywords:** climate dividend, carbon tax, distribution, survey



Lars Felder, Doktorand in der Abteilung Staat im  
DIW Berlin

## INTERVIEW

# „Ein klarer Fahrplan zur Einführung des Klimageldes kann noch bestehende Vorbehalte abbauen“



**1. Herr Felder, Geld, das der Staat über den CO<sub>2</sub>-Preis einnimmt, könnte über ein sogenanntes Klimageld rückerstattet werden. Sie haben untersucht, wie groß die Akzeptanz einer solchen Maßnahme wäre. Wie viele der von Ihnen befragten Menschen würden einem pauschalen Klimageld zustimmen?** Zu dem zum Befragungszeitpunkt geltenden CO<sub>2</sub>-Preis von 45 Euro würden nur etwas weniger als die Hälfte der Befragten einer pauschalen Rückerstattung in Form eines Klimageldes zustimmen. Wir sehen aber auch, dass sich dabei sehr viele Menschen unsicher sind, denn etwa die Hälfte der Befragten ist sich noch gar nicht im Klaren darüber, wie sie zu einer solchen Politik tatsächlich steht.

**2. Welche Gründe geben die Personen an, die gegen ein Klimageld sind?** Unter denjenigen, die angegeben haben, dass sie gegen die Einführung dieser Politik sind, war der häufigste Grund eine grundsätzliche Ablehnung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Rückerstattung als klimapolitische Maßnahme. Die zweitwichtigste Begründung war die Sorge um die finanzielle Belastung für den eigenen Haushalt.

**3. Inwieweit spielt der CO<sub>2</sub>-Preis bei der Einstellung der von Ihnen befragten Menschen eine Rolle?** Wir haben die Menschen nach ihrer Einstellung beim gegenwärtigen CO<sub>2</sub>-Preis von 45 Euro und für ein Szenario mit einem CO<sub>2</sub>-Preis von 200 Euro gefragt. Bei diesem höheren Preis reduziert sich die Zustimmung recht stark. Aber wenn ein Großteil der Einnahmen pauschal rückerstattet wird, sind interessanterweise immer noch rund 40 Prozent der Menschen für die Einführung des Klimageldes.

**4. Inwieweit spielen für den Grad der Zustimmung Merkmale wie Alter, Geschlecht, Einkommen oder Wohnort eine Rolle?** Zum Beispiel lehnen ältere Menschen die Einführung des Maßnahmenbündels aus CO<sub>2</sub>-Preis und Rückerstattung eher sehr stark ab. Hingegen sind Personen in Großstädten und Personen, die bereits mit erneuerbaren Energien heizen, eher dafür. Überraschenderweise sehen wir keinen

statistisch signifikanten Unterschied zwischen Menschen mit sehr niedrigem und höherem Einkommen.

**5. Eigentlich sollte man doch davon ausgehen, dass Menschen, die finanziell schlechter dastehen, für das Klimageld sind.** In dieser Umfrage ist das nicht so, aber tatsächlich würden wir dies erwarten. In Deutschland haben Haushalte mit höherem Einkommen eher einen hohen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck. Das sind diejenigen, die von einer solchen Politik stärker betroffen wären. Personen, die einen geringeren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck haben, leben eher in ärmeren Haushalten. Sie würden durch diese pauschalen Rückerstattungen eigentlich profitieren.

**6. Ist das auch ein Kommunikationsproblem, an dem die Politik noch arbeiten müsste?** Auf jeden Fall. Einer der wichtigen Ablehnungsgründe ist unter anderem, dass die befragten Personen angeben, nicht zu verstehen, wie eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit anschließender Rückerstattung überhaupt irgendeinen Klimaeffekt haben soll. Hier sieht man, dass noch nicht komplett verstanden wurde, was diese Politikmaßnahme bezweckt. Die Wahrnehmung in der Bevölkerung ist eher „linke Tasche, rechte Tasche“.

**7. Wie sollte die Politik denn jetzt weiter vorgehen, um diese Zweifel auszuräumen?** Der CO<sub>2</sub>-Preis wird in den nächsten Jahren weiter steigen und das macht einen sozialen Ausgleich immer wichtiger. Entsprechend wäre es zentral, dass die nächste Bundesregierung nicht auf vage soziale Ausgleichsmechanismen verweist, sondern tatsächlich einen klaren Fahrplan aufstellt, wie ein Klimageld auf den Weg gebracht werden kann, wann die Auszahlungen beginnen und in welcher Form das geschieht. Damit könnten die Unsicherheiten in der Bevölkerung abgebaut werden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf  
[www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)



MARCEL FRATZSCHER

# Das Zustrombegrenzungs-gesetz würde Deutschland schaden

Marcel Fratzscher, Präsident des DIW Berlin.  
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.



Die von der Union initiierte Gesetzgebung zur Migration stellt unsere Demokratie vor die größte Zerreißprobe der letzten Jahrzehnte. Zwar hat der Bundestag das sogenannte Zustrombegrenzungs-gesetz mehrheitlich abgelehnt. Im Falle eines Wahlsieges dürften CDU/CSU die Pläne aber erneut aus der Schublade holen. Und die harten Debatten haben bereits gezeigt, dass die Fronten verhärtet sind und die demokratischen Parteien sich in der Migrationsfrage weitgehend unversöhnlich gegenüberstehen. Dabei besteht bezüglich der Ziele eigentlich großer Konsens: Deutschland will die Steuerung der Zuwanderung verbessern, um Versorgung und Integration gewährleisten zu können. Vor allem die Integration in den Arbeitsmarkt ist wichtig, zumal viele deutsche Unternehmen händierend nach Arbeitskräften suchen und hervorragende Arbeit leisten, um junge Geflüchtete zu qualifizieren und ihnen eine Perspektive zu bieten. Und auch die Sicherheit steht für alle, unabhängig von der politischen Orientierung, im Mittelpunkt. Aschaffenburg ist eine Tragödie, und das einstimmige Ziel aller ist es, dass solche Gewalttaten verhindert werden.

Aber würden die Pläne der Union das Erreichen dieser Ziele ermöglichen oder erleichtern? Einige Elemente, insbesondere die Stärkung von Justiz und Polizei und die bessere Umsetzung des Rechts, sind richtig und unumstritten. Grenzschießungen, Abschiebehaft und Stigmatisierung einer ganzen Gruppe von Geflüchteten dagegen werden sich als kontraproduktiv erweisen, sollten das Gesetz und weitere Maßnahmen nach der Wahl durch den Bundestag kommen. Die Initiativen der Union werden die Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft nicht erleichtern, sondern weiter erschweren. Hochqualifizierte Fachkräfte, die wir dringend brauchen, werden Deutschland fernbleiben. Dies nützt niemanden und schadet allen: den Geflüchteten selbst, der Wirtschaft und dem Staat. Grenzschießungen und Stigmatisierung werden auch nicht die Sicherheit verbessern, sondern eher verschlechtern. Denn Kriminalität hängt nicht von Hautfarbe, Religion oder Herkunft ab, sondern hat mit Traumata und sozioökonomischen Faktoren zu tun. Ein Abbau der Hürden für eine bessere Integration, gesundheitliche Hilfe und bei Straftaten die volle Härte des Gesetzes sind die richtigen Antworten,

die die Sicherheit verbessern und Kriminalität reduzieren. Dies betrifft Deutsche genauso wie Ausländer\*innen.

Die Konsequenz der Unionspläne wäre daher eine Verschlechterung der Integration von ausländischen Menschen, eine noch größere Arbeitskräftelücke und ein Kostenanstieg für den Staat. Sie würden also genau das Gegenteil von dem erreichen, was die Union und andere Anhänger der Pläne fordern. Mehr noch, sie dürften sich als großes Eigentor der demokratischen Befürworter\*innen erweisen. Denn die Enttäuschung der Bürger\*innen ist vorprogrammiert. Wieder einmal verspricht die Politik etwas, was sie unmöglich erfüllen kann.

Zur Diskussion stand und steht mit den Unionsplänen aber nicht nur die Frage der Zuwanderung, sondern viele Unterstützer\*innen scheinen ein ganz anderes Ziel zu verfolgen: Was heißt es, deutsch zu sein, was ist unsere Identität? Und wollen wir weiterhin eine offene Gesellschaft sein? Die Initiative von Friedrich Merz dürfte kein Unfall gewesen sein, sondern ein weiteres Element einer klaren Strategie, die die offene Gesellschaft infrage stellt. Dazu gehört beispielsweise seine Forderung von vor einigen Wochen, die Reformen des Staatsbürgerschaftsrechts zurückzudrehen und Menschen mit Migrationsgeschichte die Staatsbürgerschaft im Falle von Straftaten aberkennen zu können. Die Einteilung von Deutschen in zwei Klassen ist offensichtlich weder mit dem Grundgesetz und den Menschenrechten noch mit einer offenen Gesellschaft vereinbar.

Friedrich Merz und seine Unterstützer\*innen in der Union betreiben ein Spiel mit dem Feuer. Vielleicht gelingt es ihnen, einige zusätzliche Stimmen bei der Bundestagswahl im Februar zu ergattern. Langfristig erweisen sie der Demokratie und der eigenen Partei einen Bärendienst. Der Fall der Brandmauer dürfte unumkehrbar sein und ein Sieg der AfD bei der Bundestagswahl 2029 damit wahrscheinlicher. Verlierer sind unsere Demokratie, die Menschenrechte und unsere offene Gesellschaft.

Dieser Kommentar ist in einer ähnlichen Version am 31. Januar 2025 im Rahmen von „Fratzschers Verteilungsfragen“ bei ZEIT Online erschienen.